

Eingefroren

Auch Russland ist fest in der Hand der Coronakrise. Wie ernst die Situation genommen wird, zeigt sich unter anderem darin, dass Präsident Putin seit März bereits sechs Mal mit Ansprachen an die Bevölkerung gewandt hat. (Rebel 2020) Die aktive Öffentlichkeitsarbeit der Regierung deutet auf die Befürchtung hin, dass die Coronakrise die ohnehin vorhandenen Widersprüche in der russländischen Gesellschaft eskalieren lassen könnten. Wie überall auf der Welt auch werden angesichts der Herausforderungen der Pandemie die Lücken deutlich, die Jahrzehnte neoliberalen Umbaus in die sozialen Netze und in die ökonomischen Verhältnisse gerissen haben. Von 2000 bis 2018 halbierte sich die Zahl der medizinischen Einrichtungen, die Zahl von Rettungstationen verringerte sich auf 72 Prozent, die Zahl der Krankenhausbetten um 30 Prozent, die Zahl der Ärzte stieg leicht und das mittlere medizinische Personal nahm leicht ab. Dabei stieg die Zahl der Erkrankungen pro Tausend EinwohnerInnen um 7 Prozent. (Seredkina 2020)

Auch wenn Russland nicht zuletzt wegen der Sanktionspolitik weniger als etwa die BRD vom Zusammenbruch internationaler Lieferketten betroffen sein dürfte, erweist sich auch die russländische Wirtschaft als nicht robust. Sie steht der Situation weitgehend hilflos gegenüber. Die immer wieder angemahnten Strukturveränderungen konnten nicht durchgesetzt werden, so dass sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Bewältigung der Krise gegenüber 2007 kaum verbessert haben. Der Produktivitätsrückstand gegenüber den westlichen Konkurrenten konnte in den vergangenen Jahren bestenfalls leicht verringert werden.

Index Produktivität in GDP pro Arbeitsstunde (2010=100)

	2001	2005	2010	2014	2018
Russland	70,1	85,5	100	107,6	108,9
OECD	88,1	95,2	100	103,5	107,6
BRD	94	98,0	100	104,8	108,8
G7	87,7	94,8	100	102,6	106,1
USA	82,4	91,4	100	101,4	104,7

(OECD 2019)

Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Produktivitätsniveau der russländischen Wirtschaft anhaltend niedrig ist. Für das Jahr 2018 werden folgende Werte im internationalen Vergleich ausgewiesen:

Produktivität in GDP pro Arbeitsstunde absolut (Dollar/Std.)

Russland	25,7
OECD	53,4
BRD	66,4
G7	62,3
USA	70,8

(OECD 2020)

Es wird eingeschätzt, dass 85 Prozent der Industriekapazitäten in technologischer Hinsicht der Etappe zwischen 1880 und 1980 angehören. Der Anteil tatsächlich moderner Technologie liege im einstelligen Bereich. (Korel'/Pavljuk 2019, 12) Ein Übriges tut der Fall des Ölpreises in Folge der sinkenden Nachfrage und der Auseinandersetzungen um die Einschränkung der Förderung im März/April 2020. Die möglichen Einnahmeverluste werden auf 20 Mrd. Dollar beziffert. (Vavina 2020a) Im April waren die Steuereinnahmen um 30 Prozent niedriger als im gleichen Monat des

Vorjahres. Am stärksten gingen die Einnahmen aus der Steuer auf die Förderung von Bodenschätzen (um 50 Prozent) zurück, die aus der Gewinnsteuer fielen um 41, aus Umsatzsteuer um 27 und aus Einkommensteuer um 14 Prozent. (Jastrebova 2020) Mittelfristig werden Pleiten und wachsende Arbeitslosigkeit erwartet. Das Bruttosozialprodukt wird innerhalb der nächsten Monate wahrscheinlich um vier bis sechs Prozent sinken. Im Unterschied zu anderen Industriezweigen arbeitet die Pharmazie auf Hochtouren. Im ersten Quartal wuchs die Produktion hier im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 11 Prozent, in der Industrie insgesamt um 1,5 Prozent. Der Staat hat in den ersten vier Monaten den Ankauf von Medikamenten, die den Verlauf der Erkrankung mildern können, verdoppelt (126 Mio. Euro) und der Absatz aller Arten von Medikamenten, die in irgendeiner Art gegen COVID-19 helfen könnten, ist extrem gestiegen. Ob allerdings die einheimischen Produzenten langfristig davon profitieren, ist offen. Zurzeit sind tatsächlich zwei einheimische Unternehmen, „Biotek“ und „R-Pharm“, die jeweils etwa ein Drittel der Bestellungen des Staates erhielten, die Profiteure. Allerdings wird der Markt insgesamt von bekannten Namen dominiert – Bayer, Sanofi, Novartis stehen hinsichtlich des Umsatzes an der Spitze. (Sinicyna et al. 2020) Wachsende Nachfrage und entsprechend steigende Preise für Rohstoffe bzw. Vorprodukte auf dem Weltmarkt sind gerade für russische Unternehmen ein zunehmendes Problem.

Die Liste der Probleme ließe sich fortsetzen – und sie sähe dann ähnlich wie in anderen Ländern aus. Auch in einer weiteren Hinsicht gibt es Ähnlichkeiten: Trotz dieser Situation plant der weitgehend unter staatlicher Kontrolle stehende Konzern Rosneft, an die Aktionäre eine Rekorddividende auszuschütten. (Vavina 2020b) Überhaupt wird die Situation durch alle Fraktionen des Unternehmertums, vom Großkonzern bis zum Soloselbständigen, genutzt, um Forderungen hinsichtlich finanzieller Unterstützung und Veränderungen im Rechtssystem zu stellen. Das permanente Problem der relativen Rechtsunsicherheit der Unternehmen hinsichtlich der Haftung, im Steuerrecht und auf anderen Gebieten ist real. Wie nicht anders zu erwarten werden Forderungen zur Verbesserung der Situation auf diesen Gebieten mit solchen nach Einschränkung sozialer Garantien verbunden. Schon am 7. April hatten sich die vier großen Unternehmerverbände an die Regierung mit Forderungen nach

- unternehmensbezogen, nicht zweig- oder regional orientierten Hilfen;
- der Senkung von Steuern und Gewährung von Lohnbeihilfen;
- monatlichen Beihilfen für Selbständigen ohne Beschäftigte, nicht niedriger als der Mindestlohn (etwa 153 Euro) und Befreiung von Abgaben und Absenkung der zu zahlenden Steuern auf 1 Prozent;
- Befreiung von Unternehmen von Steuerzahlungen sowie Subventionierung von Miet-, Leasing- und Zinszahlungen;
- Verkürzung der Ankündigungsfrist von Entlassungen und damit der in dieser Frist fälligen Fortzahlung des Durchschnittslohnes und die Aussetzung der materiellen Verantwortung der Arbeitgeber bei Verletzung des Arbeitsrechts im Falle der Entlassung oder ausstehender Lohnzahlungen;
- Rückerstattung von bis zu 30 Prozent der Beiträge für die Unfallversicherung an die Unternehmen;
- Erleichterungen bei der Refinanzierung, z.B. durch besseren Zugang zu externen Finanzierungen.

(Starostina/Fejnberg 2020)

Der Staat hatte rasch reagiert. Inzwischen ist ein drittes Hilfspaket für Unternehmen, Selbständige, Beschäftigte und sozial Bedürftige im Umfang von über 10 Mrd. Euro verabschiedet worden. (Bazanova/Sterkin 2020) Am 12. Mai wurde ein Gesetz, das neben den finanziellen Fragen auch Verfahrensfragen regeln soll, im Parlament in erster Lesung angenommen. (Duma 2020) Einzelne

Wirtschaftsbereiche werden gestützt, wie gerade die Luftfahrtunternehmen mit knapp 290 Mio. Euro, wovon mindestens 60 Prozent an die Beschäftigten gehen sollen. (Vedomosti 2020) Die Maßnahmen entsprechen in finanzieller Hinsicht weitgehend den Forderungen der Unternehmerverbände. Allerdings wird von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Selbständigen kritisiert, dass die Kriterien dafür, was ein notleidendes Unternehmen ist, gerade ihre Probleme nicht hinreichend berücksichtige. (Jastrebova et al. 2020)

Erste Analysen lassen erwarten, dass bereits jetzt die Einkommen deutlich gesunken sind. Dabei muss berücksichtigt werden, dass nach vier Jahren Stagnation die Realeinkommen erst 2018 wieder um bescheidene 0,2 Prozent gestiegen waren. Bereits Ende März hatten Unternehmen begonnen, Beschäftigte in Erwartung der Krise zu entlassen, so dass für das 2. Quartal mit einem deutlichen Sinken der Einnahmen zu rechnen ist. Eine Umfrage im April ergab, dass schon da 16 Prozent der Befragten von ernsthaften Einkommenseinbußen sprachen, 19 Prozent von noch unbedeutenden, aber 36 Prozent schon für den kommenden Monat sinkende Einkommen erwarten.

(Bazanova/Červonnaja 2020) Inzwischen gehen Experten von einem Einbruch der Einkommen im 2. Quartal um 20 Prozent aus. Auf das Jahr gerechnet bedeutet das ein Sinken um 12 Prozent, was den Einkommensverlusten der Jahre 2014 bis 2018 entspräche – wohlgemerkt innerhalb eines Jahres! Damit käme es zu einem Rückfall in die frühen 2000er Jahre. Die Einkommensverluste der Lohnabhängigen werden durch die beschlossenen staatlichen Leistungen aber nur zum Teil, man spricht von 2,2 Prozentpunkten, kompensiert. (Aptekar' 2020)

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die Kreditleichterungen (Aussetzen der Rückzahlung) für Privatkunden eine so große Bedeutung haben. (Šerunkova/Dementeva 2020) Freilich wird damit wiederum der Staatshaushalt belastet. Es geht hier um die Verhinderung des Privatbankrotts, damit auch um die Stützung der Banken – aber der Binnenmarkt wird kaum erweitert. Mit anderen Worten – der Zustand der Stagnation wird eingefroren.

Krise als Gelegenheit

Der Einfallsreichtum der Unternehmer -seien sie private, staatlich oder kommunale – ist bemerkenswert. So kommen Zusatzzahlungen, die vom Präsidenten für die, die arbeiten müssen, verordnet wurden, z.B. beim medizinischen Personal, kaum an. Aus Kertsch wird berichtet, dass dort statt der versprochenen 25 bis 50 Tsd. Rubel (300-600 Euro) nur 300-400 Rubel (4-8 Euro) gezahlt werden. (Nikiforov 2020) Offensichtlich kommt es zum Teil mit dem Verweis auf die Pandemie im Gesundheitsbereich sogar zu Absenkungen des Lohnes. (Shein 2020) Der Ministerpräsident „erinnerte“ die Regionen daran, dass die ausstehenden Zahlungen bis zum 15. Mai zu erfolgen hätten: von den geplanten 25,5 Mrd. Rubel (319 Tsd. Euro), seien erst 4,5 Mrd. geflossen. (Krivjakina 2020) Andere versuchen, im Falle von Home office die Löhne zu senken. (Ryženkova 2020b)

Seitens der Gewerkschaften wird darauf verwiesen, dass bei ihnen und beim Menschenrechtsbeauftragten des Präsidenten bisher 3 Tsd. Beschwerden über Verstöße gegen das Arbeitsrecht, ungerechtfertigte Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen sowie Zwang zu unbezahltem Urlaub eingegangen seien. Das dürfte nur die Spitze des Eisberges sein. Das Zentrum für Arbeits- und Sozialrecht sowie die Rechtsabteilung der Gewerkschaft „Konföderation der Arbeit“ berichten, dass in den letzten eineinhalb Monaten bei diesen zentrale Stellen 3.200 Beschwerden zu arbeitsrechtlichen Fragen eingegangen seien – das sind so viele Beschwerden, wie sie sonst im Verlaufe eines Jahres anfallen. Dabei sind die Beschwerden, die in den regionalen Geschäftsstellen der Gewerkschaft eingehen, nicht berücksichtigt.

In 40 Prozent der Fälle geht es darum, dass Beschäftigte gezwungen wurden, zu ungünstigen Bedingungen selbst zu kündigen, unbezahlten Urlaub zu nehmen, und in denen sich Arbeitgeber weigern, für staatlich verordnete arbeitsfreie Tage zu zahlen. 19 Prozent betreffen die Weigerung von Arbeitgeber, die Beschäftigten an den verordneten arbeitsfreien Tagen freizustellen oder im Home office arbeiten zu lassen. 10 Prozent der Beschwerdeführer monierten erhebliche Kürzungen der Gehälter, sowohl aufgrund von Ausfallzeiten als auch aufgrund willkürlicher Entscheidungen der Arbeitgeber. Weitere 5 Prozent der Anfragen kamen von Gesundheitspersonal bezüglich der Frage, wie ihre im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Arbeitsaufgaben zugezogene Corona-Erkrankung anerkannt und entsprechende Zahlungen geleistet werden. (CSTP 2020) Übrigens nutzt auch Volkswagen in Kaluga nach Gewerkschaftsangaben die Gunst der Stunde, um Stellen abzubauen, offensichtlich auch unter Anwendung unredlicher Mittel. (KTR 2020b)

Auch halten es die Gewerkschaften für unwahrscheinlich, dass die Zahl der Arbeitslosen lediglich, wie seitens der Regierung erwartet, um 2 Mio. steigen werde. (KTR 2020a)

Allerdings bemerkt der von der Föderation unabhängiger Gewerkschaften eingerichtete „Operative Stab“ auch, dass viele Unternehmen schon zu Beginn der Krise Entlassungen vorgenommen hätten, so dass es aktuell auf diesem Gebiet weniger Probleme gäbe. Vor allem nähmen die Lohnschulden der Unternehmen gegenüber den Beschäftigten und die Anwendung von Kurzarbeit (bei zwei Dritteln des Lohnes) zu. (Ryženkova 2020a)

Verknötung

Natürlich stehen auch hier die Kontaktbeschränkungen und die Nutzung der digitalen Infrastruktur für die Regulierung von Kontakten und die Durchsetzung der Verbote in der Kritik. Insgesamt werden aber die Beschränkungen hingenommen. Diese eher untergründige Unzufriedenheit trifft aber auf grundsätzliche Richtungsentscheidungen über den zukünftigen Weg des Landes, die schon in den Monaten vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie umstritten waren. Keine der Seiten – also Staat, Unternehmertum und Lohnabhängige – sind mit der Situation zufrieden – und eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme ist nicht in Sicht. Keine der Seiten konnte bisher(!) in der Krise ihre Positionen grundsätzlich verbessern. Unverändert stehen widersprüchliche Bezugspunkte nebeneinander. Die staatliche Wirtschaftspolitik wird in erheblichem Maße von der Doktrin der „Ökonomischen Sicherheit“ bestimmt. Seit den frühen 1990er Jahren werden in den entsprechenden Präsidentenerlassen die Grundrichtungen der gesellschaftlichen Entwicklung festgeschrieben. Sie wird vor allem durch die Haushalts- und der Geldpolitik realisiert. Das in dieser Doktrin verankerte Prinzip der Verhinderung sozialer Unruhen motiviert auch die sozialpolitischen Maßnahmen unter den Bedingungen von COVID-19. Die Strategien des Unternehmertums und die ökonomische Forschung und Lehre dominieren neoliberale, marktradikale Konzepte, sozialdemokratisch-sozialstaatliche Ansätze bilden auch in der Krise eine Minderheitenposition. Ein bemerkenswerter strategischer Artikel eines der einflussreichsten russländischen Ökonomen, V.A. Mau, betont zwar die Notwendigkeit, die Nachfrage sowohl seitens der Bevölkerung, als auch seitens der Unternehmen zu stimulieren, bringt das aber nicht mit der Erweiterung sozialer Rechte in Verbindung. (Mau 2020, 21) Mau gehört als Rektor der Akademie für Volkswirtschaft und Staatsdienst beim Präsidenten Russlands zur (neo)liberalen Strömung. Sein ausdrücklicher Bezug auf die Strategie ökonomischer Sicherheit macht deutlich, dass hier der gemeinsame Ansatz der verschiedenen Tendenzen im „herrschenden Block“ Russlands liegt. Es geht nicht um Putin, es geht um die Frage, wie der von Putin derzeit repräsentierte Herrschaftsmodus nachhaltig gesichert werden kann. Das macht immer Feinjustierungen erforderlich und schließt Widersprüche ein. Geht man von diesem gemeinsamen Interesse aus, agiert Putin mit bemerkenswerter Flexibilität und mit strategischem Weitblick.

Lohnabhängige, Gewerkschaften und soziale, Umwelt- und linke Bewegungen finden kaum gemeinsame Punkte, obwohl sich gerade im sozialen Bereich die gemeinsamen Interessen von Staat und Unternehmertum sowie ihre verletzte Flanke zeigen. Jüngste Analysen der sozial-ökonomischen Situation kommen zu dem Ergebnis, dass die Bedeutung des „Humankapitals“ nach wie vor völlig unterschätzt wird. Weder die staatlichen noch die Unternehmensstrategien stellen die Bedeutung des menschlichen Faktors, die Weckung von Initiative und Schöpfertum in der Arbeit selbst in Rechnung. Dementsprechend spielt der Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit kaum eine Rolle. (Korel’/Pavljuk 2019, 10)

Damit erhalten die politischen und sozialen Komponenten in den Auseinandersetzungen um die Wege der Bewältigung der Coronakrise noch einmal eine ganz andere Wichtung, als dies etwa in Deutschland der Fall ist. Sozialer Protest ist sofort politisch – und die Forderung nach politischen Rechten erhält sofort eine soziale und wirtschaftspolitische Dimension. Daher verbinden Beobachter in Russland die Entscheidungen zur Lockerung der Corona-Politik auch mit dem Wunsch der Regierung, die Abstimmung über die Verfassungsänderungen in naher Zukunft durchführen zu können. Da die Überwindung der Krisenfolgen noch längere Zeit dauern wird, könnte es im Herbst ansonsten wieder zu Straßenprotesten kommen. Nach den Unruhen im Zusammenhang mit der Anhebung des Rentenalters, den Protesten gegen Mülldeponien und andere ökologische Probleme, der überraschenden Verfassungsreform kann die Corona-Krise mit ihren sozialen und kulturellen Folgen durchaus politische Erschütterungen nach sich ziehen. Die anstehenden Wahlen in den Regionen können sich in ein Votum für oder gegen die Machtverhältnisse insgesamt, für oder gegen die noch dominierende Partei Einiges Russland, für oder gegen Putin verwandeln. Das Versprechen der Stabilität, aus dem die gegenwärtigen Machtstrukturen einschließlich des Präsidenten bisher ihre Legitimation bezogen, wankt. So ist denn auch das neue Wahlgesetz zu verstehen, das Briefwahl und elektronische Stimmabgabe vorsieht, aber auch die Handhabe gibt, Oppositionelle von den Wahlen auszuschließen. Dazu wurde der Katalog der Ausschlussgründe um „politische Straftaten“ ergänzt.

Fazit

In der Krise zeigt sich, dass der angeblich starke russländische Staat nicht stark, sondern schwach ist. Maßnahmen, die die soziale Komponente der Pandemie-Bekämpfung betreffen, werden schlichtweg vom Staatsapparat selbst und von den Unternehmern unterlaufen. Es ist bezeichnend, dass der im Westen oft hoffierte Oppositionelle A. Navalny in seinen „5 Schritten für Russland“ (Naval’nyj 2020) genau die kompromisslose Verteidigung der Normen des Arbeits- und Sozialrechts nicht aufführt. Er fordert direkte Zahlungen an die Bürgerinnen und Bürger (für April und Mai 10 Tsd. bzw. 20 Tsd. Rubel pro Person, d.h. 125 bis 250 Euro), Aussetzung von Mietzahlungen und anderen Wohnkosten für die Zeit von Quarantäne, verordneter Arbeitsruhe und ähnlicher Maßnahmen, eine nicht rückzuzahlende Unterstützung an kleine und mittlere Unternehmen in Höhe von 2 Billionen Rubel (25 Mrd. Euro) sowie eine einjährige Aussetzung von Steuern für Kleinunternehmen. Allerdings unterscheiden sich die Forderungen Navalnys in ihrer Philosophie auch kaum von den Maßnahmen, die die Zentralregierung und die Regionen ohnehin verfolgen – es soll eben nur ein bisschen mehr sein. Die entsprechende Petition wurde bereits von hunderttausenden Menschen unterschrieben. Über den künftigen Kurs Russlands sagen diese Forderungen aber wenig. Auch wenn der Gesundheitssektor mit seinen Problemen sowie die insgesamt unsichere und schwache Stellung der Lohnabhängigen in der Corona-Krise sichtbarer werden, und der militantere Teil der Gewerkschaftsbewegung das deutlich macht, ist fraglich, ob eine sozial orientierte geeinte Opposition entstehen wird. Die Frage, ob Putin nach 2024 weiter Präsident bleibt, überlagert die Frage des Kurses nach 2024. Und noch eines zeigt die Krise: die Probleme der Lohnabhängigen in Russland und der im „Westen“ ähneln sich mehr und mehr – Prekarisierung, Ausdünnung der

sozialen Sicherung, Angriffe auf Schutzrechte. Es wird Zeit, diese Gemeinsamkeit viel stärker zum Ausgangspunkt für das Verhältnis der Linken zu Russland zu machen.

Quellen

- Aptekar', Pavel* (2020). Minus dvadcat' procentov, in: *Vedomosti*, abrufbar unter: https://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2020/05/11/829937-minus-dvadsat-protsentov?utm_campaign=glavnoezaden12.05.2020&utm_medium=email&utm_source=newsletter (letzter Zugriff: 12.5.2020)
- Bazanova, Elizaveta/Červonnaja, Anna* (2020). Real'nye raspolagaemye dochody uže načali sokaščatt'sja, in: *Bedomocmu*, abrufbar unter: <https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2020/04/26/828997-dohodi-nachali-sokraschatsya> (letzter Zugriff: 12.5.2020)
- Bazanova, Elizaveta/Sterkin, Filipp* (2020). Tretij antikrizisnyj paket stoit 800 mlrd pubej, in: *Vedomosti*, abrufbar unter: https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2020/05/11/829961-tretii-antikrizisnii-paket-mer?utm_campaign=glavnoezaden12.05.2020&utm_medium=email&utm_source=newsletter (letzter Zugriff: 12.5.2020)
- CSTP* (2020). Kratkij obzor obraščenijs graždan po faktam narušenijs trudovyh prav v uslovijach pandemii, in: *Bsjo o Trudovyh Pravach*, abrufbar unter: <http://trudprava.ru/news/employnews/2210> (letzter Zugriff: 19.5.2020)
- Duma* (2020). №953580-7 Zakonoproekt O vnesenii izmenenij v otdel'nye zakonodatel'nye akty ..., in: *SOZD*, abrufbar unter: <https://sozd.duma.gov.ru/bill/953580-7> (letzter Zugriff: 12.5.2020)
- Jastrebova, Svetlana* (2020). Za april' bjužet ne polučil okolo 775 mlrd rublej nalogov, in: *Vedomosti*, abrufbar unter: <https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2020/05/06/829694-byudzhnet-ne-poluchil> (letzter Zugriff: 12.5.2020)
- Jastrebova, Svetlana/Sterkin, Filipp/Mereminskaja, Ekaterina* (2020). Malyj biznes doždalsja spisanijs nalogov i socvznosov, in: *Vedomosti*, abrufbar unter: <https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2020/05/11/829971-biznes-dozhdalsya> (letzter Zugriff: 18.5.2020)
- Korel', Ljudmila/Pavljuk, Ekaterina* (2019). Glavnye čerty nynešnej rossijskoj ékonomiki. Preobladanie faktorov tormoženija nad faktorami razvitija (Sociologičeskij rakurs), in: *Obščestvo i ékonomika*, (12/2019), 5–21
- Krivjakina, Elena* (2020). Mišustin: na doplaty vračam vydělili 27,5 milliardov rublej, a oni polučili - 4,5!, in: *KP.RU - sajt „Komsomol'skoj pravdy“*, abrufbar unter: <https://www.kp.ru/daily/27130/4216333/> (letzter Zugriff: 14.5.2020)
- KTR* (2020a). Bolee 3 tys. žalob na uvol'nenijs i sokašenijs postypilo v KTR i CSTP, in: *Konfederacija truda Rossii*, abrufbar unter: <http://ktr.su/content/news/detail.php?ID=6872> (letzter Zugriff: 15.5.2020)
- KTR* (2020b). MPRA protiv sokašenijs na Fol'ksvagene, in: *Konfederacija truda Rossii*, abrufbar unter: <http://ktr.su/content/news/detail.php?ID=6879> (letzter Zugriff: 19.5.2020)
- Mau, Vladimir Aleksandrovič* (2020). Ékonomika i politika 2019-2020gg.: global'nye vybozy i nacional'nye otvety, in: *Voprossy ékonomiki*, (3/2020), 5–27
- Naval'nyj, Aleksej* (2020). 5 šagov dlja Rossii, abrufbar unter: <https://5steps.vote/> (letzter Zugriff: 14.5.2020)
- Nikiforov, Vadim* (2020). Kerčenskie mediki dobilis' „koronavirusnyj doplat“, in: *Kommerçantъ*, abrufbar unter: <https://www.kommersant.ru/doc/4342506?tg> (letzter Zugriff: 14.5.2020)
- OECD* (2020). Level of GDP per capita and productivity, in: *OECD.Stat*, abrufbar unter: https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=PDB_LV (letzter Zugriff: 18.5.2020)

- OECD (2019). Productivity - GDP per hour worked - OECD Data, in: *theOECD*, abrufbar unter: <http://data.oecd.org/lprdy/gdp-per-hour-worked.htm> (letzter Zugriff: 18.5.2020)
- Rebel, Samuel (2020). Russlands Angst vor der zweiten Welle, in: *neues deutschland*, abrufbar unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1136399.coronavirus-russlands-angst-vor-der-zweiten-welle.html> (letzter Zugriff: 12.5.2020)
- Ryženkova, Julija (2020a). Profsojuzy rasskazali o problemach v trudovoj sfere vo vremja pandemii, in: *solidarnost'*, abrufbar unter: <https://www.solidarnost.org/news/profsojuzy-rasskazali-o-problemah-v-trudovoy-sfere-vo-vremya-pandemii.html> (letzter Zugriff: 18.5.2020)
- Ryženkova, Julija (2020b). Rostrud nazval nezakonnym sniženie zarplaty na „udaljonke“, abrufbar unter: <https://www.solidarnost.org/news/rostrud-nazval-nezakonnym-sniženie-zarplaty-na-udaljonke.html> (letzter Zugriff: 18.5.2020)
- Seredkina, Irina (2020). Bol'nic men'she, boleznij bol'she, in: *solidarnost'*, abrufbar unter: <https://www.solidarnost.org/articles/bolnits-menshe-bolezney-bolshe.html> (letzter Zugriff: 18.5.2020)
- Shein, Oleg V. (2020). O.V.SHEIN, in: *Telegram*, abrufbar unter: https://t.me/oleg_shein/413 (letzter Zugriff: 18.5.2020)
- Sinicyna, Irina/Virčenko, Ksenija/Sokolov, Aleksandr (2020). Kto zarabotet na lečenii rossjan ot koronavirusa, in: *Vedomosti*, abrufbar unter: <https://www.vedomosti.ru/business/articles/2020/04/27/829114-gosudarstvo-uvlichilo> (letzter Zugriff: 12.5.2020)
- Starostina, Julija/Fejnberg, Anton (2020). Biznes poprosil Mišustina predostavit' subsidii na vyplatu zarplat, in: *RBK*, abrufbar unter: <https://www.rbc.ru/economics/07/04/2020/5e8c30359a79475cc4868a13> (letzter Zugriff: 15.5.2020)
- Vavina, Elena (2020a). Dochody neftjanych kompanij mogut upast' v etom godu na \$20 mlrd, in: *Vedomosti*, abrufbar unter: <https://www.vedomosti.ru/business/articles/2020/04/28/829187-dohodi-neftyanih-kompanii-mogut-upast-v-etom-godu-na-20-mlrd> (letzter Zugriff: 12.5.2020)
- Vavina, Elena (2020b). „Rosneft“ vyplatit rekordnye dividendy za prošlyj god“, in: *Vedomosti*, abrufbar unter: <https://www.vedomosti.ru/business/articles/2020/04/23/828788-rosneft-rekordnie-dividendi> (letzter Zugriff: 12.5.2020)
- Vedomosti* (2020). Pravitel'stvo vydělilo 23 mlrd rubelej na kompensaciju ubytkov aviakompanijam, in: *Vedomosti*, abrufbar unter: <https://www.vedomosti.ru/economics/news/2020/05/14/830198-23-mlrd-aviakompanijam> (letzter Zugriff: 14.5.2020)